

NESTLÉ

Zuckerbomben für Babys in Afrika



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Karine Pfenniger (F)

—
LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

COVER

© James Oatway/Panos

DRUCK

Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE

D: 25 600 Ex. / F: 9500 Ex.

ISSN

2504-1266

KONTAKT

Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

—
Tel. +41 (0)44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—
Das Public Eye Magazin erscheint
sechs Mal pro Jahr in Deutsch und
Französisch. Mitgliedschaft inklusive
Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO

IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Zu viel Zucker für Babys: Unser Kampf geht weiter

Ein Staat wird daran gemessen, wie er mit seinen Schwächsten umgeht. Dieser Grundsatz gilt auch für multinationale Unternehmen. Missbräuchliche Patente von Roche auf Krebsmedikamente zum Nachteil der Kranken; Menschen, die in Armut gefangen sind und von den illegalen Gewinnen der Rohstoffkonzerne, die in der Schweiz wegen Korruption verurteilt und gebüsst werden, keinen Cent sehen. Auch in diesem Magazin berichten wir über Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, vor allem aber über den Einsatz von Public Eye, um Dinge zum Positiven zu verändern. Und dieses Engagement beginnt wieder einmal in Vevey.

Letztes Jahr haben wir aufgedeckt, dass für Nestlé nicht alle Babys gleich sind. Diese Feststellung war das Ergebnis einer umfassenden Recherche zur Doppelmoral des Konzerns: In Ländern mit niedrigerem Einkommen verkauft Nestlé Babynahrung mit hohem Zuckerzusatz, während der Babybrei in der Schweiz und anderen europäischen Ländern keinen enthält.

«Zählt die Gesundheit eines Kindes in einem weniger entwickelten Land nicht?», fragte die Moderatorin des TV-Magazins «India Today» und brachte damit eine Empörung zum Ausdruck, die sich wie ein Lauffeuer verbreitete. In Indien hat Nestlé seitdem 14 zuckerfreie Varianten auf den Markt gebracht. Ein erster Erfolg für Public Eye!

Unsere neue Recherche, die den Fokus auf Afrika legt, offenbart eine noch alarmierendere Situation. Dank irreführendem Marketing verkauft Nestlé dort Getreidebrei für Säuglinge, der mehr als anderthalb Zuckerwürfel pro Portion enthält, während die Fettleibigkeit auf dem Kontinent explosionsartig zunimmt. Die Parallelen zum Milchpulverskandal der 1970er-Jahre sind schockierend: Nestlé stellt weiterhin seine Gewinne über die Gesundheit afrikanischer Babys – unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Unterernährung.

In Ostkap, der ärmsten Provinz Südafrikas, geben die Mütter, die wir getroffen haben, den grössten Teil ihres mageren Einkommens für die teure Babynahrung von Nestlé aus. Sie sind überzeugt, ihren Kindern damit das Beste zu bieten. Ein Trugschluss, wie viele afrikanische Gesundheitsexpert*innen anprangern.

Um auch in Afrika die Dinge zum Positiven zu verändern, arbeitet Public Eye mit lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen. Dieser Kampf ist nur möglich dank der wertvollen Unterstützung unserer Mitglieder. Herzlichen Dank dafür. Gemeinsam sind wir stärker!

Géraldine Viret, Mediensprecherin und Leiterin Medien & Publikationen



04 In Südafrika verkauft Nestlé armen Müttern von Babys regelrechte Zuckerbomben

In Ostkap, der ärmsten Provinz des Landes, geben viele Mütter ihr mageres Einkommen für Babynahrung von Nestlé aus. Dass die Gesundheit ihrer Kinder gefährdet ist, weil der Babybrei gesüsst ist, ahnen viele nicht. «Diese Firma muss gestoppt werden, sie macht unsere Babys krank!», empört sich eine Mutter in unserer Reportage aus Südafrika.

10 Zu viel Zucker im Brei: neue Recherche zur gesüssten Babynahrung von Nestlé

Public Eye hat in 20 Ländern Afrikas Babynahrung von Nestlé gekauft und untersuchen lassen. Das Resultat: Im Schnitt enthalten die Produkte fast anderthalb Zuckerwürfel pro Portion. Besonders stossend: In der Schweiz und anderswo in Europa enthält der Babybrei von Nestlé keinen zugesetzten Zucker.



13 Kein Profit aus Korruption, Gelder an die Geschädigten: Public Eye startet Petition

Wird ein Schweizer Unternehmen wegen Korruption im Ausland verurteilt, fliessen Millionen in die Kasse des Bundes, doch die geschädigten Länder gehen leer aus. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, hat Public Eye jetzt eine Petition lanciert.

18 Der Missbrauch von Patenten auf Krebsmedikamente durch Roche gefährdet die Gesundheit

Public Eye hat erstmals in einer aufwendigen Pionierstudie die Patente von Roche für dessen vier Antikörpertherapien gegen Brustkrebs gezählt. Das Resultat: 27 Jahre nach der ersten Markteinführung schützen noch immer rund 100 Patente die Produkte des Konzerns. Das Monopol hat Roche bereits einen Umsatz von 156 Milliarden Franken eingebracht.

24 Getreideplünderung in der Ukraine – ein Risiko, auch für Grosshändler in der Schweiz

Im Exklusivinterview mit Public Eye warnt die ukrainische Journalistin Kateryna Yaresko: Als russisch deklarierte Getreideladungen stammen möglicherweise aus den besetzten Gebieten der Ukraine. Der Getreidehandel mit Russland berge heute grosse Risiken – auch für Grosshändler in der Schweiz.



In Südafrika verkauft Nestlé den Müttern von Babys regelrechte Zuckerbomben

Seit Generationen ernähren südafrikanische Mütter ihre Babys mit Nestlé-Produkten. Auch in der Provinz Ostkap, der ärmsten des Landes, geben viele Mütter ihr mageres Einkommen für den Kauf dieser Produkte aus. Dass die Gesundheit ihrer Kinder unter diesen leiden kann, ahnen viele nicht. Welche Folgen das hat, deckt eine Recherche auf, die Public Eye vor Ort gemacht hat.

TEXT: LAURENT GABERELL FOTOS: JAMES OATWAY/PANOS

Die Mittagssonne scheint auf die grünen Hügel rund um das Dorf Madwaleni. Nombuyiselo Ntondo trägt ihr Baby auf dem Rücken und füllt eine Pfanne mit Regenwasser, das sich im Tank neben ihrem Haus angesammelt hat. Zurück in der runden Hütte mit der Backsteinmauer und dem kegelförmigen Dach bringt sie das Wasser auf einem kleinen Gasherd zum Kochen. Das Haus hat nur einen Raum, in dem sie mit ihrer Mutter und ihren beiden Kindern lebt.

Es gibt weder fließendes Wasser noch Strom. «Für das Baby nutzen wir Regenwasser, für uns das Wasser aus dem Fluss», berichtet die junge Frau. Unter dem wohlwollenden Blick ihrer Mutter, die das Kleinkind liebevoll auf den Schoß genommen hat, schüttet Nombuyiselo Ntondo sechs Packungen Nestum-Getreideflocken für Babys und eine grosse Dose Nan-Milchpulver in eine Plastikschüssel. Beides sind Produkte von Nestlé. Dann verrührt sie alles. Diese Menge, erklärt sie, reicht für einen Monat. Sie entnimmt ein paar Löffel davon und bereitet eine Flasche für ihren sechs Monate alten Sohn zu.

Nombuyiselo Ntondo hat ihr Baby seit Geburt mit Milchpulver ernährt. Seit es drei Monate alt ist, fügt sie Nestum hinzu. Und seit Kurzem gibt sie ihm jeden Tag zusätzlich Cerelac-Getreidebrei – ebenfalls ein Nestlé-Produkt. «Das ist sehr teuer», seufzt sie und erzählt, dass sie ihre gesamte Sozialhilfe – umgerechnet 50 Franken pro Monat, das einzige Einkommen der Familie neben der Sozialhilfe ihrer Mutter – für den Kauf dieser Produkte ausgibt. Denn sie möchte, dass ihr Baby gut ernährt und gesund ist. «Es braucht das, um zu überleben», meint sie.

Babynahrung von Nestlé ist in dieser abgelegenen, ländlichen Gegend der südafrikanischen Provinz Ostkap, die wir im vergangenen Oktober besucht haben, sehr beliebt. Diese Region, in der Nelson Mandela geboren wurde und in der mehr als sieben Millionen Menschen leben, weist eine der höchsten Armuts- und Unterernährungsraten des Landes auf. Weil es kaum Jobs gibt, verlassen viele Männer ihr Dorf, um anderswo Arbeit zu suchen. Die Frauen bleiben zurück und sorgen allein für die Kinder.

In dieser Provinz ist die Stillrate noch niedriger als im Landesdurchschnitt. Die Gabe von Säuglingsmilch von Nestlé von Geburt an ist weitverbreitet, Getreidebreie der Marke Nestum oder Cerelac verkaufen die lokalen Läden in grosser Zahl. «Meine Mutter hat mir diese Produkte empfohlen», beteuert Nombuyiselo Ntondo. Die Grossmutter bestätigt, dass sie dieselben Produkte vor fast 30 Jahren schon ihrer Tochter gegeben hat. «Die Ärzte im Spital haben mir gesagt, dass ich sie verwenden soll», erinnert sich Nojekele Ntondo.

«Das Marketing trägt Früchte»

Seit Generationen genießt hier Nestlé das Vertrauen der Eltern, die Produkte des Konzerns gelten als gesündeste Lösung zur Ernährung von Babys. Dieser Glaube wird von Müttern an Töchter weitergegeben. Wie Nombuyiselo Ntondo verbrauchen viele ihr mageres Einkommen, um ihren Kindern «nur das Beste» zu bieten. Dabei ahnen sie nicht, dass diese Produkte der Gesundheit der Babys schaden können.

Diese Risiken kennt Andrew Miller nur zu gut. Seit rund zehn Jahren leitet der Arzt die Neonatologie und Kinderstation des Spitals von Madwaleni. Das ehemalige Missionsgebäude aus dem Jahr 1960 versorgt mit seinen 180 Betten ein Einzugsgebiet von 200 000 Menschen. Am Eingang des Spitals beklagt der Arzt die

← Cerelac, Nan, Nido, Lactogen und Nespray: Baby- und Kindernahrung von Nestlé, ausgestellt neben der Kasse in einem kleinen Supermarkt in Johannesburg, Südafrika.



Nombuyiselo Ntando bereitet die monatliche Ration an Nestlé-Produkten für ihr Baby auf.

Schäden infolge der weitverbreiteten Gabe von industrieller Säuglingsersatznahrung. «Die Babys, die in diesen Gemeinschaften erkranken und hospitalisiert werden müssen, sind fast ausschliesslich mit Säuglingsmilch ernährt worden», gibt er zu bedenken.

Andrew Miller bedauert, dass die Muttermilch sehr oft durch künstliche Säuglingsnahrung ersetzt wird. Dies entgegen den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die ausschliessliches Stillen bis zum Alter von sechs Monaten empfiehlt. «Die Gabe von künstlicher Säuglingsmilch verursacht zahlreiche Infektionen bei unterernährten Babys in der Region», sagt der Mediziner. Ursachen dafür sind der Mangel an sauberem Trinkwasser und Strom sowie die Unmöglichkeit, Babyflaschen zu sterilisieren. Zudem erfolge bei Müttern, die nicht stillen, keine Übertragung des Immunschutzes auf die Kinder. Der Arzt stellt in seiner täglichen Praxis fest, dass das Risiko eines Spitalaufenthalts für gestillte Babys viel geringer ist, ausser bei vorbestehenden Grunderkrankungen.

Andrew Miller weiss, dass es gute Gründe für die Verwendung von Säuglingsmilch geben kann, beispielsweise wenn Mütter berufstätig sind oder nicht stillen können. Oftmals erfolgt die Entscheidung gegen das Stillen jedoch im Glauben, industrielle Produkte seien die bessere Wahl. «Das Marketing trägt Früchte. Es lässt die Frauen glauben, dass sie Säuglingsmilch verwenden sollten, wenn sie es sich leisten können.» Deshalb tun sie alles, um den Babys das vermeintlich Beste zu ermöglichen. Doch die Produkte sind teuer. Und wer einmal aufs Stillen verzichtet hat, kann nicht mehr zurück.

In den armen Gegenden fehlt den Müttern das Geld, um die teure Säuglingsersatznahrung zu kaufen. Deshalb machen sie es wie Nombuyiselo Ntando: Sie mischen Milchpulver für Säuglinge mit dem Getreidebrei Nestum. Dieser ist für Babys unter sechs Monaten nicht geeignet. Aber er ist halt billiger und lässt den Schoppen etwas nahrhafter erscheinen.

Diese Praxis beunruhigt Andrew Miller: «Die Säuglinge hier leiden an Unterernährung. Aber nicht, weil es ihnen an Nahrung fehlt, sondern weil diese qualitativ minderwertig ist. Ihr Wachstum ist gestört, weil sie nicht genügend Protein erhalten.» Nestum-Produkte enthalten nur 5 % Protein, dafür sehr viele Kohlenhydrate. «Für mich als Arzt ist klar: Für ein Baby ist das nicht die richtige Ernährung.» Und noch etwas bereitet ihm Sorgen: der Zucker.

«Wir wollen keinen Zucker für unsere Kleinsten»

Die in Südafrika verkauften Nestum-Produkte enthalten mehr als 2 Gramm zugesetzten Zucker pro Portion. Für das Baby von Nombuyiselo Ntando, das seit dem dritten Lebensmonat mit Nestum gefüttert wird, bedeutet dies 120 Gramm Zucker pro Monat oder einen Würfel pro Tag. Hinzu kommen jeden Tag insgesamt zwei Zuckerwürfel in den beiden Portionen Cerecereal-Getreidebrei, die das Kind neu zusätzlich isst.

Wäre dieses Baby in der Schweiz, in Frankreich oder in Deutschland geboren worden, hätte es hingegen Produkte bekommen, die Nestlé auf der Verpackung stolz als «ohne Zuckerzusatz» anpreist. Nicht so in Südafrika: Wie anderswo in Afrika fügt der Lebensmittel-



Ncebakazi Thwenya empört sich über den Zuckergehalt in Babynahrung von Nestlé: «Diese Firma macht unsere Babys krank.»

konzern dort den meisten seiner Babycerealien Zucker hinzu (siehe Seite 10). Nachdem Public Eye erstmals 2024 über diese skandalöse Doppelmoral berichtet hatte, gab Nestlé im März 2025 bekannt, zwei Varianten ohne Zuckerzusatz auf den südafrikanischen Markt gebracht zu haben. Wir haben diese Produkte in den Geschäften von Madwaleni allerdings nicht gefunden.

«Wir wollen keinen Zucker in den Lebensmitteln für unsere Kleinsten», empört sich Ncebakazi Thwenya. Die Mutter wusste nicht, dass die Nestum- und Cerelac-Produkte, die sie ihrem sechs Monate alten Baby gibt, Zucker enthalten. Jetzt macht sie sich Sorgen um die Folgen für die Gesundheit ihres Kindes. Und sie fällt aus allen Wolken, als sie erfährt, dass Nestlé die Getreidebreie in der Schweiz und anderswo in Europa ohne Zuckerzusatz verkauft. «Diese Firma muss gestoppt werden, sie macht unsere Babys krank!», empört sie sich.

Auf Anfrage bekräftigt Nestlé, dass der Konzern «einen einheitlichen Ansatz in Bezug auf die Ernährung aller Babys weltweit» verfolge und in allen seinen Märkten die nationalen Gesetze einhalte. Der Zuckergehalt werde stets transparent und in Übereinstimmung mit den lokalen gesetzlichen Bestimmungen angegeben. «Wir täuschen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht.»

Südafrika ist eines der wichtigsten Länder für Cerelac und Nestum auf dem afrikanischen Kontinent, Nestlé setzt dort über 40 Millionen Franken um. Dies zeigen Daten, die Public Eye von Euromonitor erhalten hat, einer auf die Lebensmittelindustrie spezialisierten

Marktanalysefirma. Der Schweizer Konzern kontrolliert fast die Hälfte des Marktes. Seine Getreidebreie sind überall zu finden, in Städten ebenso wie in abgelegenen, ländlichen Gebieten.

WHO schliesst Zusatz von Zucker in Babynahrung aus

«Alle kaufen diese Marken, die es schon so lange gibt», beobachtet Maria van der Merwe, Präsidentin des Verbands der Ernährungsberater*innen in Südafrika (ADSA), die wir in Johannesburg treffen. «Die Menschen verbinden diese Marken mit gesunden und nährstoffreichen Lebensmitteln.» Eine Meinung, welche die Expertin für Ernährung nicht teilt, insbesondere wegen des sehr hohen Zuckergehalts dieser Produkte. Einerseits sei Zucker für die Ernährung von Kindern nicht notwendig. Andererseits präge sich bei jenen, die bereits als Babys solchen Zuckermengen ausgesetzt waren, womöglich eine Vorliebe für Zucker ein, die ein Leben lang anhält. Diese frühe Exposition trage zur Verbreitung von Fettleibigkeit bei.

Genau deswegen schliessen die Richtlinien der WHO den Zusatz von Zucker in Babynahrung aus. Nestlé ist sich der Risiken bewusst und erteilt auf seiner Website für Eltern von Kleinkindern in Südafrika sogar entsprechende Ratschläge. Fazit des Lebensmittelkonzerns: «Es ist daher besser, den Konsum von jeglichem zugesetzten Zucker zu begrenzen.»

Heute ist die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung Südafrikas von Übergewicht oder Fettleibigkeit betroffen. Die Behörden sind besorgt über die «alarmierende Zunahme» der Zahlen. Fettleibigkeit betrifft aber nicht

nur Erwachsene: Laut einer aktuellen Studie von Unicef ist der Anteil übergewichtiger Kinder in Südafrika zwischen 2000 und 2022 von 9 auf 21 % gestiegen. Fettleibigkeit ist dort mittlerweile die häufigste Form der Fehlernährung bei Kindern, noch vor Untergewicht.

Der steigende Anteil der fettsüchtigen Menschen führt zu einer exponentiellen Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und bestimmten Krebsarten. In Südafrika leidet jede neunte erwachsene Person – das sind mehr als 4 Millionen – an Diabetes, einer der häufigsten Todesursachen im Land. Die damit verbundenen Kosten sind enorm. «Unsere Gesundheitsversorgung ist nicht gewappnet gegen die Zunahme nicht übertragbarer Krankheiten, die auf unserem Land lastet», warnt Maria van der Merwe.

«Die Fehlernährung bekämpfen»

Derweil sind Hunger und Unterernährung ein nach wie vor ungelöstes Problem in Südafrika. «Im gleichen Haushalt finden sich Menschen mit Fettleibigkeit und solche, die unterernährt sind», hält Ernährungsberaterin Maria van der Merwe fest. «Das ist ein typisches Symptom für ein Land im wirtschaftlichen Wandel. Wir stehen zwischen zwei Fronten. Und das eine führt zum anderen: Das unterernährte Kind von heute ist der fettleibige Erwachsene von morgen.»

Die ADSA-Präsidentin berichtet, dass sie kürzlich Besuch von einem Nestlé-Vertreter erhalten habe. Dabei wurden Produkte wie Cerelac und Nestum beworben, die für Babys ab sechs Monaten bestimmt sind, wenn das alleinige Stillen den Ernährungsbedarf nicht mehr deckt. «Es hat mich schockiert, dass diese Produkte als Lösung für die Mangelernährung in Südafrika präsentiert wurden», empört sie sich. «Das ganze Werbematerial war auf den verborgenen Hunger ausgerichtet, und das war auch die Botschaft, die während der Diskussion vermittelt wurde.»

«Verborgener Hunger» bezeichnet einen Mangel an wichtigen Vitaminen und Mineralstoffen, der hauptsächlich auf eintönige Ernährung ohne Abwechslung zurückzuführen ist, erklärt Maria van der Merwe. Dieses vielschichtige Problem lasse sich nicht mit einem einzigen Produkt lösen. «Aber bei diesem Nestlé-Vertreter war die Botschaft simpel: Sie müssen keine frischen Lebensmittel kaufen und für eine vielseitige Ernährung sorgen, denn es gibt eine Lösung, die Ihrem Kind alles bietet, was es braucht. Als Ernährungsberaterin, die in der öffentlichen Gesundheit tätig ist, empört mich diese Aussage.»

Was die ganze Sache noch schlimmer macht, ist laut Maria van der Merwe, dass Nestlé diese zuckerreichen Produkte in Regionen mit einer armen und benachteiligten Bevölkerung bewirbt: «Babynahrung mit hohem Zuckerzusatz macht die Schwächsten noch



Wusste nicht, dass sie ihr Baby mit Zucker füttert: Ncebakazi Thwenya mit ihrem Sohn vor ihrem Haus.

verletzlicher. Dabei sollten wir ihre Benachteiligung bekämpfen.»

Jahrzehntelange Beeinflussung

Nomajoni Ntombela kennt sich bestens aus mit Nestlés Marketingstrategien in Südafrika. Die ehemalige Pflegefachfrau arbeitete in einem Spital in der Nähe von Johannesburg, als 1974 der Milchpulverskandal ausbrach. «Damals kamen Nestlé-Vertreter ständig zu uns ins Spital, sprachen mit den Ärzten, sponserten Konferenzen und verteilten Gratismuster», erinnert sie sich.

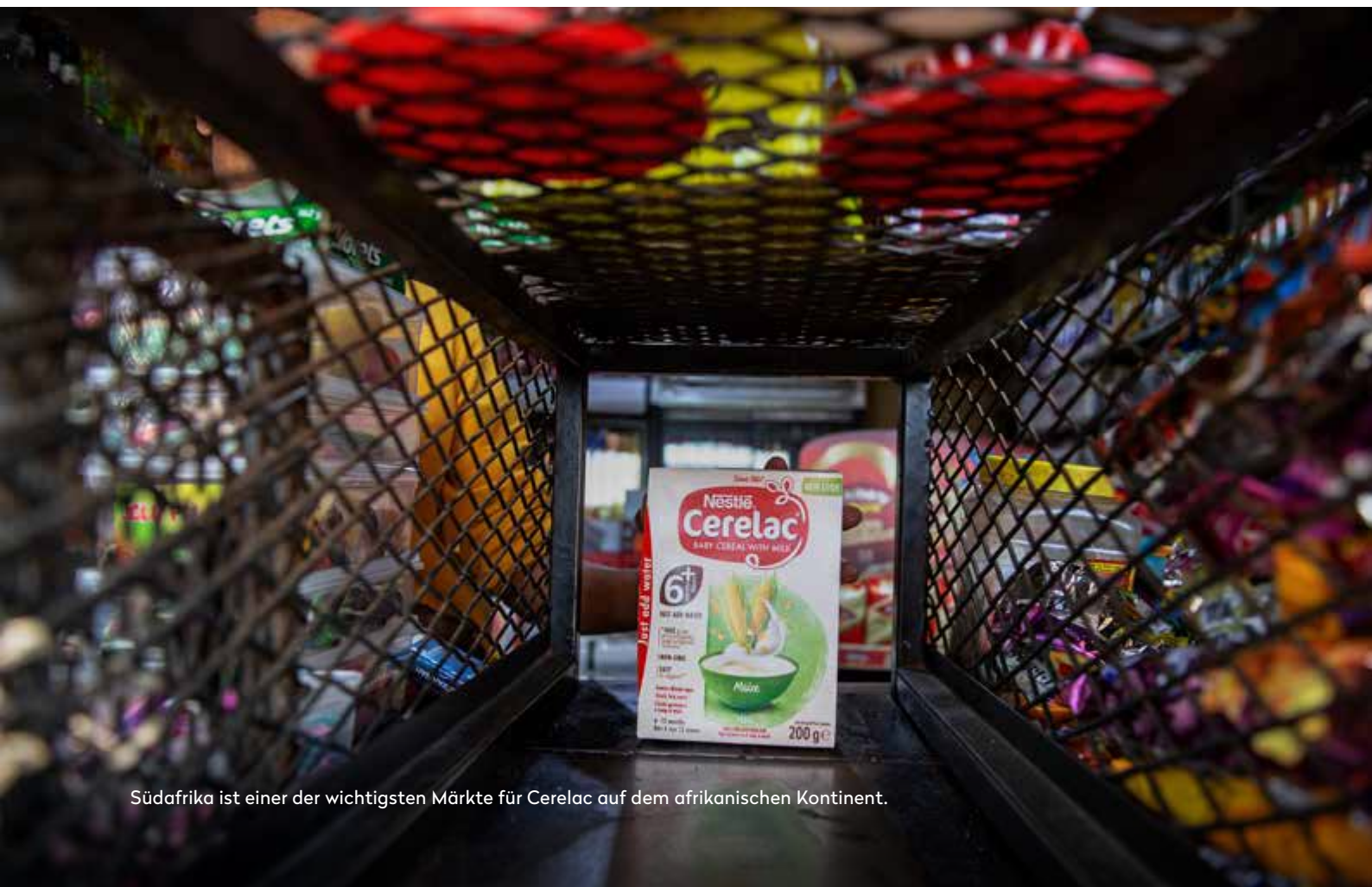
Diese aggressiven Geschäftspraktiken veranlassten viele Frauen, abzustillen und industrielle Säuglingsnahrung zu verwenden. Das nährstoffarme Milchpulver erwies sich in Ländern mit niedrigem Einkommen, insbesondere in Afrika, als regelrechtes Gift für Babys, wenn es mit nicht trinkbarem oder verschmutztem Wasser angerührt wurde. Auf dem Höhepunkt der Krise hatte dies bis zu 200 000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr zur Folge.

Die Pflegefachfrau Nomajoni Ntombela war auch an der Gründung des International Baby Food Action Network (Ibfan) beteiligt. Diese Organisation hat zum Ziel, das verhängnisvolle Marketing der Industrie zu stoppen und das Stillen zu schützen. 1981 verabschiedete die WHO einen internationalen Kodex, der jegliche Werbung für Säuglingsersatznahrung verbietet. Südafrika

hat jedoch erst 2012 ein Gesetz erlassen, das diese schädlichen Praktiken verbietet. Und die Unternehmen finden immer neue Wege, um das Verbot zu umgehen.

«Was wir heute erleben, ist das Ergebnis der massiven Marketingkampagne der 70er-Jahre», kommentiert Nomajoni Ntombela. Jahrzehntlang lernte das zukünftige medizinische Personal an der Universität, dass diese Produkte verwendet werden sollten. Ärzt*innen und Ernährungsberater*innen vermittelten diese Haltung an Generationen von Eltern, die sie wiederum an ihre Kinder weitergaben. Auch wenn das Marketing in Spitälern heute nicht mehr so aggressiv ist, zielt Nestlé weiterhin auf das Gesundheitspersonal, insbesondere über das Nestlé Nutrition Institute. Der Konzern nutzt auch in Südafrika diese Plattform, die angeblich «die neuesten wissenschaftlichen Informationen und Erkenntnisse weitergeben» soll, um sein Image zu pflegen und seinen Einfluss auszuweiten.

«Nestlé hat eine Generation von kranken Menschen geschaffen, die süchtig nach seinen Produkten sind», sagt Nomajoni Ntombela. «Und dank des digitalen Marketings gelingt es dem Konzern nun, Millionen von Müttern direkt zu erreichen und mit irreführenden Botschaften ihr Vertrauen zu gewinnen. Die Küken im Nestlé-Logo, die gefüttert werden, haben sich ins Gedächtnis der Mütter eingebrannt. Das ist beängstigend.» ■



Südafrika ist einer der wichtigsten Märkte für Cerelac auf dem afrikanischen Kontinent.



© Anne-Laure Lechat

In Afrika verkauft Nestlé weiterhin Babynahrung mit viel zugesetztem Zucker

Aus der Liebe und Fürsorge von Eltern auf der ganzen Welt macht Nestlé ein äusserst profitables Geschäft rund um die Ernährung von Kleinkindern. Aber zu welchem Preis? Anderthalb Jahre nach unserem ersten Bericht zeigt eine neue Recherche von Public Eye: Auf dem afrikanischen Kontinent zuckert Nestlé weiterhin unbeirrt seinen Getreidebrei Cerelac – mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit der Babys.

LAURENT GABERELL

Letztes Jahr haben wir die Doppelmoral von Nestlé in Bezug auf zugesetzten Zucker in Babynahrung aufgedeckt. Unser Bericht löste weltweit Empörung aus. In Indien, dem wichtigsten Markt für Babygetreidebrei des Lebensmittelkonzerns, führte der Skandal zu einem Kurseinbruch der Nestlé-Aktie. Dort kündigte der Konzern in der Folge die Einführung von 14 neuen Cerelac-Produkten ohne Zuckerzusatz an. Eine gute Nachricht für Millionen von Kleinkindern.

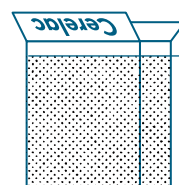
Aber ist Nestlé auch in anderen Regionen der Welt bereit, auf die Kritik einzugehen? Die neue Recherche von Public Eye konzentriert sich auf Afrika, einen Schlüsselmarkt für den Schweizer Konzern und eine Region, in der Fettleibigkeit für das Gesundheitswesen ein grosses Problem darstellt.

Nestlé bewirbt die Cerelac-Getreidebreie dort als gesund und wichtig für die Entwicklung von Kindern. Die Marke ist in Afrika äusserst beliebt: Laut der Datenanalysefirma Euromonitor, die auf die Lebensmittelindustrie spezialisiert ist, erzielt Nestlé damit auf dem Kontinent einen Jahresumsatz von über 200 Millionen Franken und kontrolliert mehr als 50 % des Marktes.

Auf der Spur des Zuckers

Mit der Unterstützung mehrerer afrikanischer Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft haben wir rund 100 Cerelac-Produkte aus 20 afrikanischen Ländern eingekauft, um sie von einem unabhängigen Labor analysieren zu lassen. Das Ergebnis: Mehr als 90 % davon enthalten hohe Mengen an zugesetztem Zucker. Anders in der Schweiz: Hier verkauft Nestlé die vergleichbaren Produkte ohne Zuckerzusatz. Auf den wichtigsten europäischen Märkten wie Deutschland und Grossbritannien, wo Nestlé Cerelac vertreibt, enthalten alle Produkte für Babys ab sechs Monaten keinen zugesetzten Zucker.

Public Eye und ihre afrikanischen Partnerorganisationen wehren sich gegen diese inakzeptable Doppel-

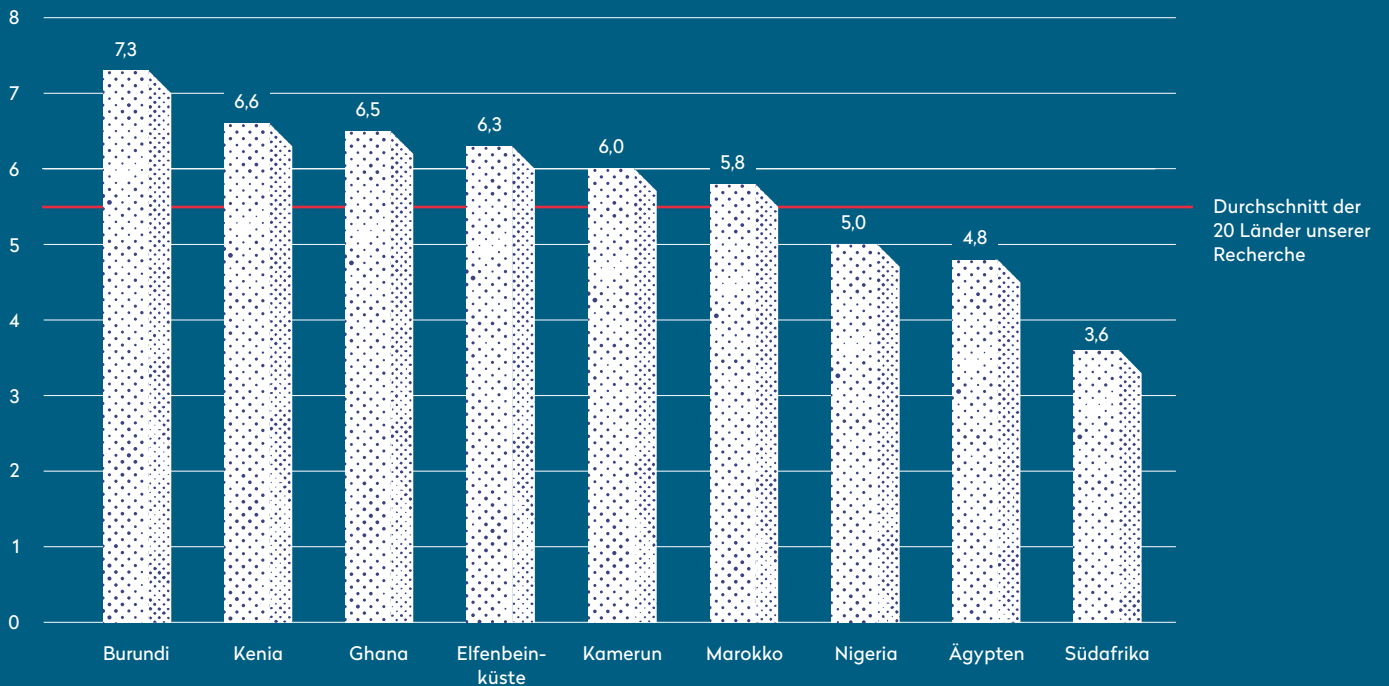


90% der Produkte unserer Analyse enthalten Zucker.

Mehr als ein Zuckerwürfel pro Portion Cerelac in Afrika

Der durchschnittliche Zuckerzusatz in den Babycerealien von Nestlé liegt in den 20 Ländern unserer Recherche zwischen 3,6 und 7,3 Gramm pro Portion. Im Schnitt sind es 5,5 Gramm. Ein Zuckerwürfel wiegt 4 Gramm. Die Grafik zeigt die wichtigsten Märkte sowie den Spitzenreiter Burundi.

Gramm pro Portion



Recherche in 20 Ländern:

Marokko
 Ägypten
 Senegal
 Mali
 Burkina Faso
 Elfenbeinküste
 Ghana
 Togo
 Benin
 Nigeria
 Kamerun
 Burundi
 Kenia
 Sambia
 Malawi
 Mosambik
 Madagaskar
 Namibia
 Botsuana
 Südafrika

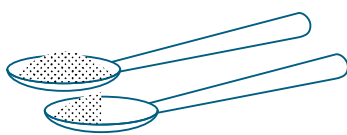


Quelle und Methode: Laboranalysen von Cerelac-Produkten, die von Nestlé in 20 Ländern Afrikas vertrieben werden. Aus Europa importierte Produkte, die nicht für den afrikanischen Markt bestimmt sind, wurden nicht berücksichtigt. Die Werte geben die von Nestlé in Form von Puderzucker (Saccharose) und Honig zugesetzte Zuckermenge an und schliessen den natürlich in Milch und Früchten enthaltenen Zucker aus. Die Portionsgrösse entspricht der von Nestlé auf der Verpackung empfohlenen Menge (je nach Produkt 50 oder 35 Gramm).

moral. Sie fordern, dass Nestlé die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einhält und weltweit auf den Zusatz von Zucker in Babynahrung verzichtet. 2024 hatten mehr als 105 000 Personen unsere Petition gegen Nestlés Doppelmoral unterschrieben. Bis heute ignoriert der Konzern jedoch diese Forderungen.

Anderthalb Zuckerwürfel pro Portion

Im Mittel enthält jede Portion Cerelac 5,5 Gramm zugesetzten Zucker, was etwa anderthalb Würfeln entspricht. Das liegt um 50 % über dem Durchschnitt der Produkte, die wir in unserer ersten Recherche von April 2024 analysiert haben. Die Analyse bezog sich damals auf 23 Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen weltweit. Der aktuell in Afrika erhobene Durchschnittswert von 5,5 Gramm ist doppelt so hoch wie jener in Indien, der dort im Frühling 2024 für Empörung gesorgt hatte.



5,5 Gramm
Zucker sind im
Schnitt jeder Portion
hinzugefügt.

Die grösste Menge – 7,5 Gramm oder fast zwei Zuckerwürfel – fanden wir in einem Produkt für sechs Monate alte Babys, das in Kenia verkauft wird. Insgesamt enthalten Getreidebreie in sieben afrikanischen Ländern mindestens 7 Gramm Zucker pro Portion.

«Diese Verkaufspraxis spiegelt eine lange Geschichte von Kolonialismus, Ausbeutung und Rassismus wider», kommentiert Lori Lake, Professorin an der Universität Kapstadt in Südafrika. In diesem Land hat Public Eye Mütter in benachteiligten, ländlichen Gebieten getroffen, die Cerelac verwenden. Auch der Konsumentenschutzverband der Elfenbeinküste kritisiert das «irreführende» Marketing von Nestlé, das «die Gesundheit von Kleinkindern gefährdet».

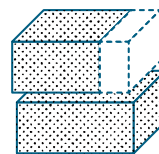
Bei zwei Dritteln der untersuchten Produkte ist die Menge an zugesetztem Zucker nicht einmal auf der Verpackung angegeben. Diese Intransparenz schadet der Bevölkerung und der öffentlichen Gesundheit, betont Chiso Ndukwe-Okafor, Leiterin der nigerianischen Konsumentenschutzorganisation Cadef: «Eltern müssen über klare und korrekte Informationen verfügen, um sichere Entscheidungen für ihre Kinder treffen zu können.» Mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Franken ist Nigeria vor Südafrika der wichtigste Markt für Cerelac auf dem afrikanischen Kontinent.

Eine weitere aufschlussreiche Tatsache: Mit Ausnahme von zwei kürzlich in Südafrika eingeführten Varianten hat Nestlé alle von uns gefundenen Produkte ohne Zuckerzusatz nicht für den afrikanischen Markt produziert. Händler hatten sie aus Europa importiert.

Gegenüber Public Eye weist Nestlé den Vorwurf der Doppelmoral zurück und bekräftigt, «einen einheitlichen Ansatz in Sachen Ernährung für alle Babys weltweit» zu verfolgen. Der Konzern erklärt, die Einführung von Cerelac-Produkten ohne Zuckerzusatz weltweit und auch in Afrika beschleunigt zu haben. «Bis Ende 2025 wollen wir in allen unseren Märkten Varianten ohne Zuckerzusatz anbieten.» Nestlé fügt hinzu, dass es den Zuckergehalt stets transparent und gemäss den lokalen gesetzlichen Bestimmungen angibt. «Wir täuschen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht.»

Gravierende Folgen für die öffentliche Gesundheit

Die WHO warnt seit Jahrzehnten, dass eine frühe Exposition gegenüber Zucker eine dauerhafte Vorliebe dafür schaffen und das Risiko für Fettleibigkeit erhöhen kann. Fettleibigkeit nimmt in Afrika in alarmierendem Tempo zu und führt zu einer exponentiellen Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Bluthochdruck. Auch Kinder sind vermehrt betroffen: Erstmals übersteigt die Zahl der fettleibigen Kinder diejenige der untergewichtigen. Setzt sich der Trend fort, könnte ihr Anteil bis 2050 um mehr als 250 % ansteigen.



7 Gramm und mehr hat es
pro Portion in einigen Produkten
in sieben Ländern.

«Fügen Sie der Nahrung Ihres Säuglings keinen Zucker hinzu», rät übrigens auch Nestlé auf einer eigenen Website für Eltern, da ein hoher Zuckerkonsum «kurz- und langfristige Risiken» für die Gesundheit mit sich bringe. Offensichtlich gilt dieser wertvolle Ratschlag für das Unternehmen nur in bestimmten Regionen der Welt. Schlimmer noch, der Schweizer Konzern bewirbt Cerelac als «speziell entwickelt» für die Ernährungsbedürfnisse von Babys und als unverzichtbar zur «Bekämpfung von Unterernährung» in Afrika, wo «Millionen von Kindern unter Mikronährstoffmangel leiden».

Sara Jewett, Professorin an der Universität Witwatersrand in Südafrika, überzeugen diese Marketingargumente nicht. «Die Anreicherung von Lebensmitteln dient der Bekämpfung von Mangelernährung. Doch wir müssen die Produkte als Ganzes betrachten: Wenn die Anreicherung mit süchtig machendem und schädlichem Zucker einhergeht, scheint das Gleichgewicht nicht zu stimmen.» Für sie zeigen die von Public Eye aufgedeckten Fakten, dass «Nestlé im Namen des Profits eine lange Tradition der Missachtung der Gesundheit von Säuglingen in Afrika fortsetzt». ■



Korruption im Ausland, Gewinne in der Schweiz – warum eingezogene Millionen den Geschädigten zustehen

Wenn Schweizer Unternehmen im Ausland bestechen und dafür verurteilt werden, fliessen die eingezogenen Millionengewinne aus dem illegalen Geschäft in die Schweizer Staatskasse. Die betroffenen Länder gehen leer aus. Mit der Petition «Kein Profit aus Korruption» wollen wir diese Ungerechtigkeit ändern.

ROBERT BACHMANN

Wenn Schweizer Unternehmen wegen Korruption im Ausland verurteilt werden, müssen sie die illegal erwirtschafteten Gewinne zurückzahlen. Seit 2011 kamen so über 900 Millionen Franken zusammen – Geld, das Schweizer Konzerne auf Kosten der geschädigten Bevölkerung verdient haben, oft in rohstoffreichen Ländern. Doch das Geld fliesst nicht dorthin zurück, wo der Schaden verursacht wurde, sondern bleibt in der Schweizer Staatskasse. So will es das Schweizer Gesetz. Es ist eine offensichtliche Ungerechtigkeit, die sich mit etwas politischem Willen aber leicht korrigieren lässt.

Wie ungleich die Verhältnisse sind, zeigt ein Blick nach Kolwezi im Südosten der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Die Stadt liegt im Herzen der Bergbauregion Lualaba, wo die Erde so reich an Kupfer und Kobalt ist wie kaum irgendwo sonst auf der Welt. Zwischen einfachen Häusern aus gebrannten Ziegeln und Wellblechdächern liegen gigantische Tagebauminen. Aus dem ganzen Land ziehen die Menschen nach Kolwezi, um hier ihr Glück im Kleinstbergbau zu versuchen: Männer graben in engen, oft unsicheren Stollen kobalthaltiges Gestein aus, Frauen reinigen es von Hand, bevor es an Zwischenhändler

verkauft wird. Für diese harte Arbeit erhalten sie einen Tageslohn, der in der Schweiz gerade einmal für einen Cappuccino reichen würde. In der DRK aber ist es mehr, als in vielen anderen Gegenden zu verdienen ist.

Glencore-Urteil geht auf Klage von Public Eye zurück

Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore hat sich etwas ausserhalb von Kolwezi niedergelassen. Er betreibt die Mutanda-Mine, die grösste Kobalt-Mine der Welt. Anders als im Kleinstbergbau wird hier mit Baggern und haushohen Muldenkippern gearbeitet. Für den industriellen Bergbau müssen teilweise ganze Quartiere weichen, oft ohne angemessene Entschädigung. Staub aus den Minen legt sich über weite Landstriche, die chemische Aufbereitung verschmutzt Flüsse, die für viele Menschen die einzige Trinkwasserquelle sind. Gleichzeitig geben der Rohstoffreichtum und die internationalen Konzerne Arbeit und versprechen den Menschen einen Anteil am Kuchen, der mit der steigenden Nachfrage an Transitionsmineralien, die es für die Energiewende braucht (siehe Public Eye Magazin Nr. 55 vom September 2025), immer grösser wird.

Der Kampf um die Minen und Schürfrechte wird mit harten Bandagen geführt. Um an die lukrative Mutanda-Mine zu gelangen, hat Glencore kongolesische Beamte bestochen – und wurde dabei erwischt und schliesslich in der Schweiz verurteilt. Kongolesische Aktivist*innen und verschiedene NGOs, darunter auch Public Eye, sind Glencore und dem Vermittler, über den die Schmiergeldzahlungen liefen, auf die Schliche

gekommen. 2017 reichte Public Eye eine Strafanzeige bei der Schweizer Bundesanwaltschaft ein. Diese verurteilte Glencore sieben Jahre später und ordnete die Rückzahlung von 128 Millionen Franken illegaler Gewinne an. Die Bevölkerung von Kolwezi aber, die mit den Folgen der Korruption und des Bergbaus leben muss, sah davon keinen Rappen.

Die geschädigte Bevölkerung geht immer leer aus

Glencore ist kein Einzelfall. 2011 wurde die Schweizer Niederlassung des Industriekonzerns Alstom wegen Bestechung in mehreren Ländern verurteilt. 36 Millionen Franken musste das Unternehmen zurückzahlen. Später folgten unter anderem Gunvor (wegen Korruption in der Republik Kongo und der Elfenbeinküste) und zuletzt Trafigura im Januar 2025. Immer wieder wurden Rohstoffhändler verurteilt, immer wieder wurden Millionen eingezogen – und nie floss das Geld an den betroffenen Staat zurück. Insgesamt summieren sich die von der Schweiz eingezogenen illegalen Gewinne inzwischen auf mehr als 900 Millionen Franken. Die Urteile ahnden das Unrecht – aber Gerechtigkeit für die betroffenen Menschen stellen sie nicht wieder her.

Die Ursache liegt in der Schweizer Gesetzgebung. Artikel 70 und 71 des Strafgesetzbuches schreiben vor, dass Vermögenswerte aus Straftaten eingezogen werden müssen. Damit soll verhindert werden, dass sich Verbrechen lohnen. Sind diese Vermögenswerte nicht mehr vorhanden, so wird eine sogenannte Ersatzforderung in gleicher Höhe ausgesprochen.

Über 900 Millionen Franken illegale Gewinne für die Kasse des Bundes

Ersatzforderungen der Schweiz aufgrund von Korruptionsfällen in den Jahren 2011 bis 2025 (in Mio. Fr.)

JAHR	UNTERNEHMEN	BETRAG	LAND/LÄNDER
2011	Alstom	36,4	Lettland, Tunesien, Malaysia
2016	Nitrochem	0,07	Libyen
2016	Odebrecht	200	Brasilien
2017	KBA-NotaSys	30	Nigeria
2017	Dredging*	36	Nigeria
2019	Gunvor	90	Republik Kongo, Elfenbeinküste
2019	Unbekannt	17	Unbekannt
2021	BSG	50	Guinea
2021	SBM Offshore	2,8	Nigeria
2023	Sicpa	80	Brasilien, Kolumbien, Venezuela
2023	Glencore	27	Demokratische Republik Kongo
2024	Gunvor	82,3	Ecuador
2024	Glencore	128,72**	Demokratische Republik Kongo
2025	Trafigura	131,62**	Angola

* vollständiger Name: Dredging International Services

** umgerechnet, Busse ursprünglich in US-Dollar



Bei Kolwezi in der Demokratischen Republik Kongo graben Männer im Kleinstbergbau nach kobalthaltigem Gestein.

Theoretisch könnte die Schweiz diese Gelder mit den betroffenen Staaten teilen. Das entsprechende Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG) erlaubt eine Rückgabe allerdings nur, wenn die ausländischen Behörden im Verfahren mit der Schweiz zusammenarbeiten. Ohne diese Zusammenarbeit kann die Schweiz nicht selbstständig entscheiden, die Gelder an den Staat weiterzugeben, in dem die Korruption stattgefunden hat.

In der Praxis ist das noch nie passiert. Denn einerseits stellt die Schweiz so hohe Anforderungen an diese Zusammenarbeit, dass Staaten im globalen Süden, deren Institutionen oft schwach sind und die kaum Mittel haben, sie meist nicht erfüllen können. Und andererseits sind Bestechungsfälle sehr heikel, da sie per Definition Regierungsbeamt*innen oder andere einflussreiche Personen betreffen. Und diese haben naturgemäss kein Interesse an einer Zusammenarbeit in einem Strafverfahren, das korrupte Geschäfte aufklären und somit auch ihre allfällige Rolle ans Tageslicht bringen würde. Damit bleibt die Rückgabe blockiert. Bisher ist kein einziger Franken aus diesen Verfahren an die Bevölkerung der betroffenen Länder geflossen.

Bisherige politische Versuche blieben erfolglos

Seit einigen Jahren versuchen NGOs, Aktivist*innen und einzelne Politiker*innen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. 2022 forderten Public Eye und 30 weitere Organisationen nach der Verurteilung des Genfer Ölhändlers Gunvor, dass die eingezogenen 90 Millionen Franken illegalen Gewinns an die betroffenen Länder zurückgegeben werden. 2024 gelangten Aktivist*innen aus der DRK direkt an den Bundesrat. Sie verlangten,

dass wenigstens ein Teil der 128 Millionen Franken aus dem oben beschriebenen Glencore-Fall in Entwicklungsprojekte rund um Kolwezi investiert werden. Auch im Parlament wurden Vorstösse eingereicht, zuletzt ein Postulat des Genfer Nationalrats Christian Dandrès. Doch der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit lehnten ab, stets mit Verweis auf die rechtlichen Hürden des TEVG.

Dabei wäre die Lösung weder kompliziert noch teuer. Es bräuchte einzig den politischen Willen, die Regeln zu ändern. Zwei Schritte würden genügen:

- **Erstens müssten die hohen Anforderungen an die Zusammenarbeit bei Verfahren, die Bedingung sind für die Rückgabe der Ersatzforderungen, an die Verhältnisse und Möglichkeiten der betroffenen Staaten angepasst werden.**
- **Zweitens sollte der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, eine Rückgabe auch eigenständig zu beschliessen.**

Dafür müsste das TEVG angepasst werden. Die Schweiz könnte dabei auf Erfahrungen zurückgreifen, die sie mit der Rückgabe von Geldern korrupter Machthaber auf Schweizer Konten gesammelt hat. Schon heute gibt es Mechanismen, um diese Potentatengelder an die Bevölkerung ihrer Herkunftsländer zurückzugeben. Dabei werden Abkommen geschlossen, damit das Geld nicht erneut in Korruption versickert, sondern tatsächlich in Entwicklungsprojekte fliesst. Ein vergleichbares Vorgehen wäre auch bei der Rückgabe der illegal erwirtschafteten Gewinne aus transnationaler Korruption möglich. →

Die moralische Argumentation für das Einziehen der illegalen Korruptionsgewinne ist eindeutig: Verbrechen darf sich nicht lohnen. Doch solange die Schweiz dieses Geld für sich behält, profitiert sie selbst von den Verbrechen. Schon 2001 während der Einführung des TEVG erklärte der Bundesrat, Gelder aus der Bestechung ausländischer Beamt*innen dürften aus moralischen Gründen nicht in der Schweiz bleiben. In der Realität wurden seither jedoch über 900 Millionen Franken einbehalten. Das Geld, das eigentlich der Bevölkerung von Ländern wie der DRK gehört, liegt stattdessen in der Schweizer Staatskasse.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind konkret spürbar. In Kolwezi schürfen Männer und Frauen weiterhin unter harten Bedingungen und für wenig Geld nach Kobalt, während Schweizer Unternehmen Milliarden an

diesen Rohstoffen verdienen. Und wenn ein Teil dieses Gewinns aus illegalen Machenschaften stammt, bleibt selbst nach einer Verurteilung das Geld in der Schweiz. Was hierzulande einer juristischen Formalität nahekommt, könnte dort über Zugang zu sauberem Wasser, über Schulen, über Zukunftschancen entscheiden.

Mit unserer Petition «Kein Profit aus Korruption» stellen wir eine einfache, machbare und längst überfällige Forderung: Die eingezogenen illegalen Gewinne aus korrupten Geschäften von Schweizer Unternehmen müssen dorthin zurück, wo sie entstanden sind. ■

**Die Sammelfrist für die Petition
läuft bis zum 28. Februar 2026.**

«Die Schweiz muss zeigen, dass sie Korruption nicht schützt»

Durch die Verurteilung von Glencore wegen Bestechung ist die Demokratische Republik Kongo direkt von den Ersatzforderungen betroffen, welche die Schweiz kassiert. Interview mit Jean-Claude Mputu, Sprecher der NGO-Koalition «Der Kongo ist nicht zu verkaufen» und stellvertretender Direktor von Resource Matters.

Warum sollte dieses Geld an die geschädigte Bevölkerung zurückfliessen?

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, der Fairness und der Moral. Diese Gelder stammen aus Korruptionshandlungen, durch die vielen Menschen wichtige Ressourcen vorenthalten wurden. Im Fall von Glencore, der durch einen Strafbefehl bestätigt wurde, haben die für den Erwerb der Minen von Mutanda und Kansuki gezahlten Schmiergelder dem kongolesischen Staat und seiner Bevölkerung kolossale Verluste beschert. Die Schweiz hat dafür eine Ersatzforderung von 150 Millionen US-Dollar erhalten. Dieses Geld gehört den Korruptionsoffern. Die UNO-Konvention gegen Korruption und das Schweizer Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte legen diesen Grundsatz der Rückgabe fest. Es handelt sich also neben der moralischen auch um eine rechtliche Verpflichtung.

Wie könnten retournierte Gelder zum Wohl der Bevölkerung verwendet werden?

Die Rückgabe könnte konkrete und überwachbare Investitionen finanzieren, zum Beispiel in Schulen, Gesundheits-



zentren und Projekten zur Elektrifizierung ländlicher Gebiete oder zur Unterstützung von Bergbaugemeinden. Die illegalen Gewinne von Glencore sollten direkt an die Kongoles*innen zurückfliessen, ohne Einbezug des oft mitschuldigen Staates. Es ist unerlässlich, dass die Zivilgesellschaft in der Schweiz und im Kongo an der Definition eines solchen Prozesses und seiner Umsetzung beteiligt wird.

Was erwarten Sie von der Schweiz?

Eine mutige politische Entscheidung. Die Schweiz kann sich nicht einfach hinter der Gesetzgebung verstecken, um eine stossende Ungerechtigkeit zu rechtfertigen. Sie muss innovativ sein und einen Mechanismus schaffen, der diese gestohlenen Gelder den Geschädigten zurückgibt. Bundesrat und Behörden müssen zeigen, dass sie Korruption nicht schützen und dass sie jene Menschen verteidigen, die darunter leiden. ■

Kein Profit aus Korruption



Wenn Glencore und Co.
im Ausland bestechen,
kassiert die Schweiz die
illegalen Gewinne.



Jetzt Petition unterschreiben:
publiceye.ch/kein-profit-aus-korruption

Public Eye



Der Missbrauch von Patenten durch Roche gefährdet die Gesundheit

Public Eye hat erstmals in einer aufwendigen Pionierstudie die Patente von Roche für dessen vier Antikörpertherapien gegen Brustkrebs gezählt. Das Resultat: 27 Jahre nach der ersten Markteinführung schützen noch immer rund 100 Patente die Produkte des Konzerns, der von Severin Schwan präsiert wird. Dieser Schutzwall hat dem Basler Pharmariesen bereits einen Umsatz von über 156 Milliarden Franken eingebracht und könnte ihm bis 2042 sein Monopol sichern. Wer sich die monopolgeschützten hohen Preise nicht leisten kann, sieht seine Gesundheit gefährdet.

Herceptin ist seit seiner Markteinführung Ende der 1990er-Jahre in den USA, der Schweiz und der Europäischen Union (EU) einer der grössten Verkaufserfolge von Roche. Mit dem Medikament wird eine besonders aggressive Form von Brustkrebs behandelt, der HER2-positive Brustkrebs, von dem weltweit jährlich mehr als 400 000 Menschen neu betroffen sind. Zusammen mit den drei davon abgeleiteten Behandlungen Perjeta, Kadcyla und Phesgo erzielte Roche damit bis heute einen Gesamtumsatz von über 156 Milliarden Franken – eine regelrechte Goldgrube für den Basler Konzern.

Wie kommt es in einem als sehr umkämpft geltenden Pharmamarkt zu einer solchen Langlebigkeit und Profitabilität? Herceptin war sicherlich ein Durchbruch in der Behandlung dieser Krebsart. Aber das ist nicht der einzige Grund für seinen Erfolg. Wie unsere Recherche zeigt, hat Roche alle möglichen Register gezogen, um sein Monopol auszubauen und den Wettbewerb so lange wie möglich zu verhindern.

In dieser zweiten Folge über missbräuchliche Monopole der Pharmaindustrie haben wir die unzähligen Patente analysiert, die diese vier Behandlungen schützen. Die aus monoklonalen Antikörpern (auf Englisch «monoclonal antibodies» oder «mAb») bestehenden Wirkstoffe Trastuzumab und Pertuzumab gehören zur Familie der sogenannten biologischen Arzneimittel, die durch besonders viele Patente geschützt sind.

Arzneimittel gelten als biologisch, wenn sie aus lebenden Zellen oder Organismen hergestellt werden. Da ihre Herstellung komplexer ist als die von klassischen Arzneimitteln, die aus inerten Substanzen produziert werden, unterliegen sie einer grösseren Anzahl von Patenten, insbesondere für die Herstellungsverfahren, wodurch die Entwicklung und Vermarktung von Biosimilars behindert wird. Biosimilars ist die Bezeichnung für die Generika von biologischen Arzneimitteln.

Patente bilden einen Schutzwall

Insgesamt haben wir in den USA 183 Patente gezählt, die Roche in Verbindung mit diesen beiden Wirkstoffen erteilt wurden, sowie 95 in Europa, die auch in der Schweiz gültig sind. Ende September 2025 waren noch 100 bzw. 64 davon in Kraft. Rund 20 weitere Patentanmeldungen wurden zu diesem Zeitpunkt auf beiden Seiten des Atlantiks noch geprüft (siehe Infografik rechts).

Mangels eines bestehenden Inventars sind diese Zahlen das Ergebnis einer minutiösen und beispiellosen Recherche auf der Grundlage offizieller Quellen. Um die Liste der Patente in Verbindung mit Trastuzumab und Pertuzumab zu erstellen, haben wir uns auf Gerichtsdokumente, Regulierungsbehörden, staatliche Patentämter und die Weltorganisation für geistiges Eigentum (Wipo) sowie auf wissenschaftliche Artikel und andere Publikationen gestützt. Angesichts der Schwierigkeit, einen

Missbräuchliche Patente der Pharmaindustrie, die Serie von Public Eye

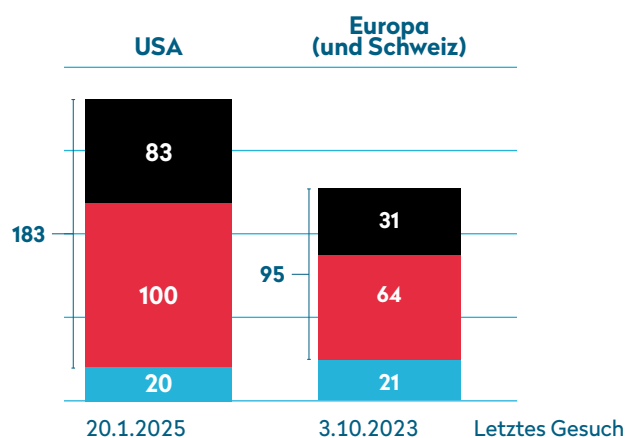
Public Eye dokumentiert und enthüllt langfristig Themen von öffentlichem Interesse. Im September 2024 haben wir eine Serie gestartet, die den Einsatz missbräuchlicher Patente bei Bestsellermedikamenten aufdeckt, eine Praxis, welche die Gesundheitskosten in der Schweiz und im Ausland belastet. Dieser Artikel ist der zweite Teil dieser Serie. Der erste Teil zum Herzschwächemedikament Entresto von Novartis kann online und im Magazin vom September 2024 gelesen werden.

solchen Überblick zu erstellen, ist es möglich, dass die tatsächliche Liste der Patente von Roche für diese Behandlungen noch länger ist.

Bei nur 5 % aller Patente handelt es sich um Primärpatente, die den aktiven Wirkstoff schützen. Die restlichen 95 % sind Sekundärpatente, die Ansprüche auf ein Herstellungsverfahren (40 %), Formulierungen, Dosierungen oder Verabreichungsarten (30 %), Anwendungsmethoden (13 %) oder auf Kombinationen mit anderen Wirkstoffen (12 %) erheben. →

Eine Fülle von Patenten

Roche schützt seine Medikamente gegen HER2-positiven Brustkrebs mit zahlreichen Patenten und versucht auch mehr als 25 Jahre nach der ersten Markteinführung, neue Patente dafür zu erhalten.



183 bzw. 95 Erteilte Patente

- Abgelaufene Patente
- Gültige Patente
- Hängige Patentgesuche

Stand am 30.9.2025

Was ist ein Patent?

Das Patent ist ein Exklusivrecht, das Inhaber*innen einer Erfindung berechtigt, Dritten die Herstellung und Vermarktung dieser Erfindung in den Ländern, in denen es erteilt wurde, zu untersagen. Eine solche Erfindung muss drei Voraussetzungen erfüllen, um patentiert zu werden: Sie muss neu sein, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sein. Auch eine geringfügige Änderung eines Arzneimittels ohne therapeutischen Mehrwert kann patentiert werden.

Im Pharmabereich unterscheidet man zwei Arten von Patenten: Primärpatente beziehen sich auf den Wirkstoff des Medikaments, während Sekundärpatente dazu dienen, Änderungen an bereits patentierten Medikamenten zu schützen. In der Praxis verlängern Letztere künstlich die Dauer der Marktexklusivität.

Man spricht von einem «Patentschunzel», wenn ein Medikament durch zahlreiche Patente geschützt ist. Werden diese über einen längeren Zeitraum verteilt eingereicht, kann die Dauer des Monopols für ein Produkt die im internationalen Recht vorgesehenen 20 Jahre bei Weitem überschreiten.

Diese Sekundärpatente beziehen sich nicht auf den Wirkstoff, der identisch bleibt. Sie überfluten jedoch die Patentämter, die immer mehr Prüfungen durchführen müssen – mit dem Risiko, dass die Patente aufgrund der Überlastung zu leichtfertig erteilt werden –, und verlängern die Dauer des Monopols, ohne dass ein echter therapeutischer Gewinn erzielt wird.

Vor Gericht gezernte Wettbewerber

In den Gerichtsverfahren gegen Hersteller von Biosimilars in den USA macht Roche die Verletzung einer Vielzahl von Sekundärpatenten geltend. Der Pharmariese hat diese angeblichen Erfindungen jedoch nicht genutzt, um sein eigenes Produkt herzustellen und auf den Markt zu bringen.

PRODUKT	VON ROCHE GELTEND GEMACHTE PATENTE	VON ROCHE NACH DER LANCIERUNG SEINES PRODUKTS GELTEND GEMACHTE PATENTE	
Herceptin	40	35	88 %
Perjeta	24	19	80 %

Die als «Evergreening» bekannte missbräuchliche Anhäufung von Sekundärpatenten auf Heilmittel ist eine gängige Praxis in der Branche, mit der die Markteinführung von Konkurrenzprodukten verzögert und das Monopol einer Behandlung verlängert werden kann.

Im Fall von Trastuzumab und Pertuzumab haben wir beispielsweise 16 von Roche in den USA angemeldete Sekundärpatente mit identischem Titel identifiziert, von denen 13 erteilt wurden (siehe Illustration auf Seite 21).

Eine weitere Strategie besteht darin, eine neue Version eines Arzneimittels auf den Markt zu bringen, dessen Primärpatent ausläuft. Kurz vor Ablauf des Primärpatents für Herceptin änderte Roche die Art der Verabreichung von einer intravenösen zu einer subkutanen Injektion und schützte das Produkt mit mehreren Sekundärpatenten, wodurch das Monopol de facto verlängert wurde. Diese neue Verabreichungsform eines bestehenden Produkts ist zwar einfacher und von Vorteil für das medizinische Personal und die Patient*innen. Doch rechtfertigt sie ein um 20 Jahre verlängertes Monopol zu Höchstpreisen?

Mit der Markteinführung von Perjeta und Phesgo, 14 bzw. 22 Jahre nach Herceptin, konnte der Basler Konzern sein Monopol ebenfalls weiter ausbauen. Die entsprechenden Patente haben die Vorherrschaft von Roche auf diesem Markt in den USA bis 2042 und in Europa und der Schweiz bis 2039 verlängert (siehe Grafik auf Seite 22). Insgesamt kann Roche seit der Anmeldung seines ersten Patents im Jahr 1992 mit einem Monopol von fast 50 Jahren in den Vereinigten Staaten und 47 Jahren in Europa für sein Herceptin rechnen. Das ist deutlich mehr als doppelt so viel wie die 20 Jahre, die im Abkommen über geistige Eigentumsrechte (Trips) der Welthandelsorganisation (WTO) vorgesehen sind.

Klagen zur Verzögerung des Wettbewerbs

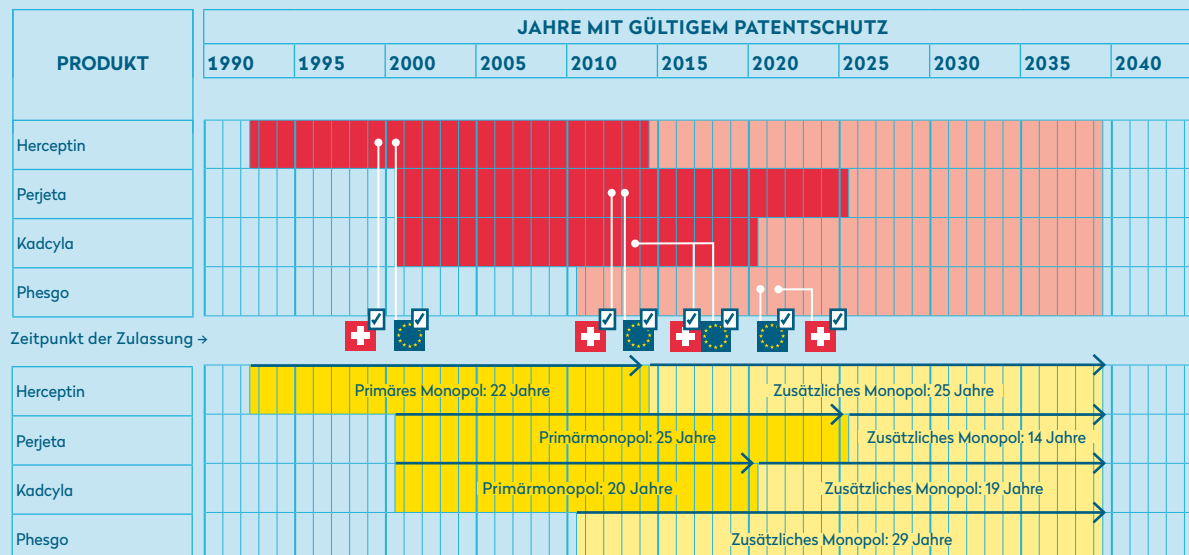
Das Primärpatent für Herceptin ist in Europa seit 2014 und in den Vereinigten Staaten seit 2019 abgelaufen. Derzeit sind sieben Biosimilars im Handel. Sie sind nicht überall erhältlich und können nur intravenös verabreicht werden, da die subkutane Version der Roche-Produkte noch bis 2038 durch Sekundärpatente geschützt ist.

Seit 2017 verklagt Roche Hersteller von Biosimilars in den USA, sobald sie einen Zulassungsantrag bei der Arzneimittelbehörde gestellt haben. Wir haben acht Klagen gezählt, die eine Vielzahl von Patenten betreffen: sieben zwischen 2017 und 2023 gegen Hersteller von Biosimilars für Herceptin wegen angeblicher Verletzung von bis zu 40 Patenten und eine seit August 2025 gegen einen Hersteller von Biosimilars für Perjeta bezüglich 24 seiner Patente (siehe Tabelle links). Pikanter Punkt: 88 % bzw. 80 % der in den Klagen von Roche geltend gemachten Patente wurden nach Markteinführung des Originalprodukts angemeldet. Mit anderen Worten: In den Rechtsstreitigkeiten werden Verfahren verteidigt, die der Basler

Wie Roche sein Monopol bei Brustkrebsmedikamenten verlängert

Die von Roche für seine Medikamente gegen HER2-positiven Brustkrebs angemeldeten Patente sichern dem Konzern dafür ein Monopol von bis zu 50 Jahren.

EIN ÜBERLANGES MONOPOL IN EUROPA ...

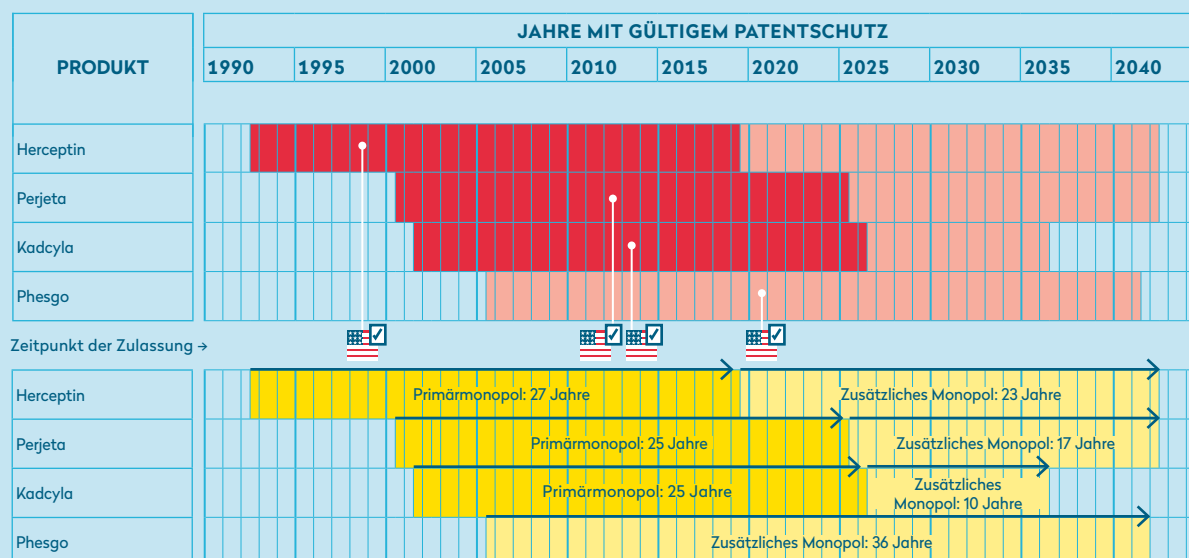


Lesehilfe: In Europa hat Roche sein Medikament Herceptin mit Primärpatenten von 1992 – also sieben bzw. acht Jahre vor seiner Zulassung – bis 2014 geschützt. Heute gewähren Patente immer noch ein Nutzungsmonopol bis 2039. Die Gesamtheit dieser Patente dürfte es Roche ermöglichen, insgesamt von 1992 bis 2039, also 47 Jahre lang, ein Monopol auf dieses Medikament zu halten. Die von Herceptin abgeleiteten Medikamente Perjeta, Kadcyla und Phesgo sind ebenfalls durch zahlreiche Patente geschützt.

LEGENDE

- Primärpatente (Wirkstoff)
- Sekundärpatente (Herstellung, Formulierung, Verabreichungsart, Kombination)
- Primärmonopol
- Zusätzliches Monopol dank Sekundärpatenten
- Zulassung in der Schweiz
- Zulassung in der Europäischen Union
- Zulassung in den USA

... UND IN DEN VEREINIGTEN STAATEN



Lesehilfe: In den USA hat Roche sein Medikament Herceptin mit Primärpatenten von 1992 – also sechs Jahre vor seiner Zulassung – bis 2019 geschützt. Heute gewähren Patente immer noch ein Nutzungsmonopol bis 2042. Die Gesamtheit dieser Patente dürfte es Roche ermöglichen, von 1992 bis 2042, also 50 Jahre lang, ein Monopol auf dieses Medikament zu halten. Die von Herceptin abgeleiteten Medikamente Perjeta, Kadcyla und Phesgo sind ebenfalls durch zahlreiche Patente geschützt.

Die Medikamente von Roche gegen HER2-positiven Brustkrebs

Unsere Recherche konzentriert sich auf die vier Medikamente von Roche gegen HER2-positiven Brustkrebs.

 **Herceptin:** Das erste Medikament von Roche gegen diese Krankheit enthält den Wirkstoff Trastuzumab. Mit bisher über 100 Milliarden Franken ist es eines der umsatzstärksten Produkte des Konzerns. Im Jahr 2024 lag Herceptin trotz des Markteintritts von Biosimilar-Konkurrenzprodukten mit fast 1,4 Milliarden Franken immer noch auf Platz 12 der Umsatzrangliste des Konzerns.

 **Perjeta:** Ist seit 2012 auf dem Markt und gehört seit zehn Jahren zu den fünf meistverkauften Produkten von Roche, wodurch der Konzern seit seiner Markteinführung einen Umsatz von über 34 Milliarden Franken

erzielen konnte. Der Blockbuster enthält den Wirkstoff Pertuzumab und wird in der Regel in Kombination mit Herceptin und einer Chemotherapie verabreicht. Eine solche Kombinationstherapie kostete bis 2022 mehr als 100 000 Franken pro Jahr, bevor der Preis für Herceptin aufgrund der Markteinführung von Biosimilars sank. Public Eye hat die überhöhten Preise dieser Behandlung ausführlich dokumentiert und kritisiert.

 **Kadcyla und Phesgo:** Diese beiden Medikamente, die seit 2013 bzw. 2020 auf dem Markt sind, bestehen ebenfalls aus den Wirkstoffen Trastuzumab und Pertuzumab. Phesgo ist eine Fixdosiskombination aus Perjeta und Herceptin in einer einzelnen Durchstechflasche. Durch ihre Markteinführung konnte Roche sein Monopol auf alle diese Behandlungen ausbauen.

Diese Behandlungen basieren auf jahrzehntelanger akademischer Forschung und Hunderten Millionen an öffentlichen Geldern. Sie sind für viele Menschen lebenswichtig und hätten nach Ablauf der Primärpatente durch kostengünstigere Biosimilars ergänzt werden können. Doch sie sind oft unbezahlbar und verursachen erhebliche Mehrkosten im Gesundheitswesen. In der Schweiz hat diese Praxis direkte Auswirkungen auf die Höhe der Versicherungsprämien. In ihrem jüngsten Arzneimittelreport schätzt die Krankenkasse Helsana das Einsparpotenzial durch einen häufigeren Einsatz der bereits zugelassenen Biosimilars allein schon von 2020 bis 2023 auf 1,2 Milliarden Franken.

Wenn die Schweiz aktiv gegen Monopolmissbräuche vorgehen würde, welche die Einführung neuer Biosimilars verzögern, würde sich dieses Einsparpotenzial vervielfachen. Die Behörden von Ländern wie der Schweiz, in denen grosse Pharmafirmen ansässig sind, müssen sich dringend gegen die missbräuchliche

Verbreitung von Sekundärpatenten auf Medikamente stellen. Als Mitglied des Europäischen Patentübereinkommens könnte die Schweiz eine gründlichere Prüfung der Anmeldung von Patenten vorantreiben, um die Zahl ihrer Erteilungen zu begrenzen.

Der Druck, den die USA unter Präsident Trump aktuell auf die Preise für patentierte Medikamente ausüben, könnte zu Enttäuschungen führen. Denn die Verhandlungen mit den Pharmakonzernen beziehen sich auf den offiziellen Preis – den fiktiven Listenpreis, der nur für internationale Vergleiche dient – und nicht auf den tatsächlichen Preis der Medikamente, den die Gesundheitssysteme und Patient*innen bezahlen. Schlimmer noch: Wenn die Pharma ihre Drohungen wahr macht, könnten die Arzneimittelpreise in der Schweiz und in Europa gar steigen. Unterdessen gehen der Missbrauch des Patentsystems und die Vorherrschaft der Pharmariesen über ganze Therapiebereiche ungebremsst weiter. ■

Entresto: Was seither geschah

FOLGE 1

Im ersten Teil dieser Serie haben wir aufgedeckt, mit welchen Strategien Novartis die Markteinführung von Generika für sein Medikament Entresto gegen Herzschwäche hinauszögerte (siehe Public Eye Magazin Nr. 49 vom September 2024). Durch Rechtsstreitigkeiten konnte der Basler Pharmariese wertvolle Zeit gewinnen, bevor Mitte 2025 Generika in den USA auf den Markt kamen, und dadurch einen zusätzlichen Umsatz von 4 Milliarden US-Dollar erzielen. In Europa wird kein Generikum von Entresto vermarktet, obwohl das Primärpatent 2023 auslief.

In Indien hingegen hat die Justiz im September 2025 das letzte Sekundärpatent von Novartis, das die Vermarktung von Generika gefährdete, aufgrund von mangelnder Neuheit und erfinderischer Tätigkeit aufgehoben. Novartis kann allerdings noch Berufung einlegen.

Getreideplünderung in der Ukraine: «Die EU und die Schweiz sollten Zwischenhändler, die solche Geschäfte ermöglichen, sanktionieren»

Im Rahmen des SeaKrimi-Projekts des nichtstaatlichen Myrotvorets-Zentrums in Kyjiw recherchiert die Journalistin Kateryna Yaresko zur russischen Getreideplünderung in der Ukraine. Ausserdem leitet sie die Abteilung für Wirtschaftsjournalismus an der nationalen Universität für Wirtschaftswissenschaften Simon Kuznets in Charkiw. Yaresko warnt: Viele derzeit als russisch deklarierte Getreideladungen stammen möglicherweise aus den besetzten Gebieten der Ukraine. Ein reales Risiko für die Akteure des Agrarhandels – auch für die Grosshändler mit Sitz in der Schweiz.

INTERVIEW: AGATHE DUPARC

Wie ist die Lage im ukrainischen Agrarsektor über drei Jahre nach Beginn des russischen Militärangeiffs auf die Ukraine?

Natürlich hat die Besetzung eines Teils unseres Landes, das über viel Ackerland und wichtige Infrastruktur verfügt, die ukrainische Landwirtschaft hart getroffen. Russland hat gezielt Silos in den Häfen von Odessa und Mykolajiw sowie zahlreiche landwirtschaftliche Anlagen im ganzen Land angegriffen. Die Anbauflächen sind zurückgegangen, die Erträge gesunken, die Ernten geringer ausgefallen. Doch dank ihrer tief verwurzelten landwirtschaftlichen Tradition ist die Ukraine weiterhin im Getreidebau sowie im Export tätig und behauptet sich auf den Weltmärkten.

Ihr grösster Konkurrent war schon immer Russland...

Ja, vor allem beim Weizen standen wir in direkter Konkurrenz. Der Dieb-

stahl von ukrainischem Getreide begann gleich zu Beginn der russischen Aggression und schien genau geplant gewesen zu sein. Die Schiffe, die den Grossteil des geplünderten Getreides exportierten, wurden Ende 2021 kurz vor der Invasion von Krein Marin Kontraktor gekauft, einem Unternehmen der staatlichen Schiffsbaugesellschaft OSK, die heute unter Sanktionen steht. Das Avlita-Terminal in Sewastopol auf der Krim, wo dieses Getreide umgeschlagen wird, ist ebenfalls im Besitz dieser Holding. Das ist Russlands Politik: die landwirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine kapern und uns auf dem Weltmarkt für Getreide konkurrieren.

Kürzlich berichteten Medien über Drohnenangriffe auf Landwirte in der Region Cherson. Ist das mittlerweile an der Tagesordnung?

Ja, solche Angriffe beobachten wir in dieser Region unterdessen sehr

häufig. Die Drohnen fliegen kurze Strecken, entweder zu Ortungszwecken oder um regelrechte Menschenjagden durchzuführen. Der Mut und die Unerschrockenheit der in der Landwirtschaft tätigen Menschen sind bewundernswert. Einige Landwirte bewirtschaften vollständig verminten Felder. Es gibt häufig Verletzte.

Weiss man, wie viel Getreide Russland geplündert hat?

Laut dem Ernährungssicherheitsprogramm der Nasa werden in den besetzten Gebieten 6 bis 8 Millionen Tonnen Getreide produziert. Nach unseren Berechnungen wurden mehr als 2 Millionen Tonnen über die Krimhäfen exportiert. Ein weiterer Teil wird auf dem Landweg befördert: Wir haben den konstanten Verkehr von Lastwagen dokumentiert, die Getreide ins russische Rostow transportieren, wo es mittels gefälschter Dokumente als russisches Getreide verkauft wird.

Das Zentrum Myrotvorets

Das Ende 2014 gegründete Zentrum Myrotvorets ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, die sich mit der «Untersuchung von Straftaten gegen die nationale Sicherheit der Ukraine, den Frieden, die Menschlichkeit und das Völkerrecht» befasst. Die Online-Plattform stellt Informationen bereit, insbesondere für «Strafverfolgungsbehörden und Sonderdienste». Einige Aktivitäten des Zentrums stossen auf Kritik, beispielsweise die Veröffentlichung personenbezogener Daten von Personen, die als «Feinde der Ukraine» gelten, auf seiner Website. Abgesehen davon wird das Zentrum für sein Fachwissen jedoch weithin geschätzt, und die Untersuchungen seines Monitoringprogramms SeaKrimi haben journalistische Recherchen auf der ganzen Welt inspiriert.



Bewundernswerter Mut: ukrainischer Farmer mit Schutzweste und Helm beim Pflügen seiner Felder.

Wo setzt Russland das Getreide aus der Ukraine ab?

Der grösste Teil des gestohlenen Getreides wird exportiert, die in Russland verbrauchten Mengen fallen kaum ins Gewicht. In den Monaten nach dem Angriff war die Türkei die wichtigste Abnehmerin. Angesichts der Enthüllungen zahlreicher internationaler Medien hat Ankara diese Käufe aber eingestellt. Einige der beteiligten Schiffe wurden sanktioniert, aber bei Weitem nicht alle. Bis heute hat die internationale Gemeinschaft keine nennenswerten Massnahmen gegen die beteiligten Akteure ergriffen, die immer wieder neue Absatzmärkte finden.

Welche sind das?

Auf die Türkei folgte Syrien, das im Rahmen eines Regierungsprogramms über seine staatliche Getreidegesellschaft einkaufte. Beobachtungen in den Häfen zeigen, dass Syrien seit dem Sturz von Baschar al-Assad im Dezember 2024 für Russland geschlossen bleibt, von einzelnen Ausnahmen abgesehen. So haben wir kürzlich ein Schiff verfolgt, das zweimal die Strecke zwischen dem Hafen von Feodosia (Krim) und Tartus in Syrien zurückgelegt hatte. Die Russische Föderation nutzt weiterhin die Instabilität und die Nahrungsmittelknappheit in der Region aus, um gestohlenen Getreide abzusetzen. Dieser

Handel ist jedoch nicht mehr Teil der staatlichen Politik Syriens. Nun hat sich alles nach Ägypten verlagert, das seine Tore weit geöffnet hat. Heute laufen fast alle Schiffe, welche die Krimhäfen mit gestohlenem Getreide verlassen, diese Destination an.

Ägypten kann wahrscheinlich nicht alles verbrauchen, was es kauft. An wen wird ein Teil der Ladungen weiterverkauft?

Das wissen wir leider nicht. Wir vermuten, dass Ägypten als Drehscheibe fungiert: Das Getreide wird dort entladen und dann weiterbefördert. Die von den russischen Exporteuren vorgelegten Dokumente und Zertifikate sind gefälscht. Sie geben nie die tatsächliche Produktionsregion an, sondern nur Russland oder die Adresse eines russischen Exportunternehmens. So kann das gestohlene Getreide an jeden weiterverkauft werden, auch an Abnehmer in der Europäischen Union oder in der Schweiz.

Der Tauschhandel hat eine lange Tradition. Vor dem Krieg gab es Vereinbarungen mit dem Iran: Für Agrarprodukte oder Industriegüter erhielt Russland iranisches Öl. 2024 berichtete eine iranische Zeitung sogar über einen möglichen Tausch von russischem Getreide gegen Waffen aus Teheran. Sind

Ihnen solche Praktiken bekannt?

Leider haben die russischen Behörden den Zugang zu vielen offiziellen Datenbanken und Registern gesperrt, sodass wir keinen Überblick über die Getreideflüsse haben. Wir haben jedoch einige Hinweise. Zur Zeit von Baschar al-Assad lieferte Russland zum Beispiel Getreide zu ungewöhnlich hohen Preisen nach Syrien: bis zu 375 US-Dollar pro Tonne, während der Marktpreis bei 225 bis 250 US-Dollar lag. Warum dieser Preisunterschied? Enthielten die Lieferungen anderes als Weizen? Wir wissen es nicht.

In den Medien thematisierten Sie kürzlich die Rolle, die ukrainische Botschaften beim Verhindern des Imports von Getreide aus Plündereien haben.

Dort, wo solche Ladungen ankommen, versuchen sie zu intervenieren. Sie wenden sich regelmässig an uns, damit wir Protestschreiben gegen die Aufnahme gewisser Schiffe vorbereiten und Dokumente und Beweise beifügen. In Ägypten, wo das Problem beträchtliche Ausmasse erreicht hat, blieben diese Interventionen bislang jedoch wirkungslos.

Manchmal zeigen die Warnungen Wirkung. Im Mai verweigerte der Libanon einem Schiff mit gestohlenen ukrainischen Agrarprodukten das Löschen der Ladung ...

Wir hatten herausgefunden, dass das Getreide aus Berdjansk in der von russischen Streitkräften besetzten Oblast Saporischschja stammte. Es war im Hafen von Feodosia (Krim) an Bord des russischen Schiffes Nikolai Leonov verladen worden, das zunächst den Hafen von Temrjuk am Asowschen Meer anlief, bevor es mit gefälschten Herkunftsdokumenten in Richtung Libanon auslief. Nachdem die ukrainische Botschaft davon erfahren hatte, veröffentlichte sie eine Mitteilung, welche die Aufmerksamkeit der lokalen Medien auf sich zog. Die libanesischen Händler sind sich des Reputations- und finanziellen Verlusts bewusst geworden, die dem Schiffsbetreiber entstanden sind. Dank dieser Alarmbereitschaft dürfte sich ein solcher Vorfall kaum wiederholen.

In der Schweiz sind zahlreiche Getreidehändler ansässig. Hat sich die ukrainische Botschaft bereits an die Schweizer Behörden gewandt, um Probleme zu melden?

Leider sind mir bisher keine Aktionen in der Schweiz bekannt. Aber ich bin dankbar für jegliche Informationen zu diesem Thema.

Im Februar 2024 recherchierte Public Eye zum Zuger Agrarhändler Vivalon. Er wird verdächtigt, indirekt Getreide aus den besetzten Gebieten bezogen zu haben. Inwieweit ist die Schweiz für diese Plünderung verantwortlich?

Die Schweiz ist eng mit dem globalen Agrarmarkt verbunden – einerseits profitieren zahlreiche Handelsunternehmen von ihren Steuervorteilen, andererseits finanzieren ihre Banken die Transaktionen. Ausserdem sind da auch die Prüfunternehmen, welche die Waren kontrollieren. In diesem Kontext ist der Fall Vivalon aufschlussreich. Russische Unternehmen pflegen zudem weiterhin aktive Beziehungen zur Schweiz, sei es über Tochtergesellschaften oder Partnerschaften.

Niemand kann also wirklich sicher sein, am Ende der Lieferkette nicht doch gestohlenes Getreide aus der Ukraine zu beziehen ...

Die von uns untersuchten Vorgänge sind oft sehr komplex: Das Getreide wird mehrmals weiterverkauft, und immer wieder sind Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Hongkong daran beteiligt. Es ist also durchaus denkbar, dass Schweizer Unternehmen oder Banken durch den Kauf von Getreide oder die Mitwirkung an Transaktionen in diese Geschäfte verwickelt sind.

Welche Botschaft kann man unter diesen Umständen den Agrarhändlern vermitteln, die weiterhin russische Agrarprodukte kaufen – die ja keinen Sanktionen unterliegen?

Man darf die Augen nicht länger verschliessen: Der Getreidehandel mit Russland birgt heute grosse Risiken, und es ist fast unmöglich, verlässliche Garantien zu erhalten. Selbst ein Dokument, das bescheinigt, dass das Getreide nicht aus den besetzten Gebieten stammt, kann gefälscht sein. Derzeit sollte man in Erwägung ziehen, aus diesem Markt auszusteigen oder zumindest die Herkunftskontrollen erheblich zu verschärfen, was in der Praxis jedoch sehr schwierig ist.

Vor einigen Monaten haben die EU und die Schweiz Sanktionen gegen die staatliche russische Getreidegesellschaft GZO verhängt, die von den besetzten Gebieten der Ukraine aus operierte. Gemäss Exportdaten hatte das Schweizer Unternehmen Vivalon indirekt mit ihr gehandelt. Sind die Sanktionen ein bedeutender Fortschritt?

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber der russische Aggressor findet immer wieder Wege, die Sanktionen zu umgehen. Bis vor Kurzem trat die GZO manchmal als Getreidelieferantin auf. Jetzt wird ihr Name durch diejenigen von Scheinfirmen ersetzt, die gegründet wurden, um die Spuren zu verwischen. Die EU

und die Schweiz sollten auch Zwischenhändler und ausländische Partner sanktionieren, die solche Geschäfte ermöglichen.

Das Projekt SeaKrim, an dem Sie beteiligt sind, ist 2016 entstanden. Ab Februar 2022 hat sich Ihre Arbeit intensiviert ...

Ja, seit Beginn der gross angelegten Invasion 2022 haben wir einen starken Anstieg der Getreideexporte aus den Krimhäfen beobachtet. Jeden Monat wurden grössere Mengen verschifft. Das ergab keinen Sinn, da ein Grossteil der Ernte 2021 bereits exportiert worden war. Wir haben begriffen, dass das Getreide aus den von der russischen Armee beschlagnahmten Silos gestohlen worden war und eigentlich ukrainischen Unternehmen gehörte. Das Getreide wurde nicht nur über die Krim geschleust, sondern auch von Lastwagen zu russischen Häfen an der Ostsee gebracht, beispielsweise nach Sankt Petersburg oder Ust-Luga, und von da aus exportiert.

Was ist das übergeordnete Ziel der Untersuchungen?

Wir wollen die massiven Exporte dokumentieren, die über die Krimhäfen abgewickelt werden. Wir interessieren uns auch für den systematischen Diebstahl von landwirtschaftlichen Maschinen aus der Ukraine, die oft modern und mit fortschrittlichen Technologien wie GPS ausgestattet sind. So hat man beispielsweise in Tschetschenien ukrainische Mähdrescher gefunden, und ganze Silos wurden abtransportiert. Man darf nicht vergessen, dass diese Geräte Menschen gehören: Hinter diesen Plünderungen stehen immer Opfer und Tragödien. Es wurden bereits zahlreiche Strafverfahren eingeleitet. Auch wenn gewisse Vorfälle ein Jahr lang verborgen bleiben, oder gar fünf oder zehn Jahre lang, so werden sie irgendwann aufgedeckt, denn die Ukraine ist fest entschlossen, diese Fragen aufzuklären. ■



Willkürliche Verfahren gegen Arbeiter*innen in Bangladesch eingestellt

Das Arbeitsministerium von Bangladesch hatte Ende 2023 für die 4,4 Millionen Textilarbeiter*innen des Landes einen neuen Mindestlohn von 12 500 Taka (102 Franken) vorgeschlagen. Das lag weit unter den von den freien Gewerkschaften geforderten 23 000 Taka. Die Folge waren landesweite Proteste.

Diese wurden mit beispielloser Gewalt und Repression beantwortet. Vier Arbeiter*innen verloren ihr Leben, Dutzende wurden schwer verletzt, und über 130 Personen wurden festgenommen. Mehrere Fabrikbesitzer leiteten Massenstraftverfahren ein. Diese hängen wie ein Damoklesschwert über den Arbeiter*innen, die für ihre Rechte eintreten. Denn die einzelnen Strafanzeigen können willkürlich auf Tausende von Arbeitnehmenden ausgeweitet werden, ohne dass dafür Beweise vorgelegt werden müssen.

Der aktuellen Ankündigung der Übergangsregierung, die willkürlichen Massenstraftverfahren gegen mehr als 48 000 Arbeitnehmende einzustellen, ging ein zweijähriger Kampf für Gerechtigkeit voraus. Ihn unterstützte unter anderem auch die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign. «Dies ist ein grosser Sieg für die Arbeitnehmenden in Bangladesch, für Gewerkschaften weltweit und für die internationale Solidarität», so Kalpona Akter, Gewerkschaftsführerin aus Bangladesch. ■

34 670 Unterschriften für Schweizer Modelfonds in Bern eingereicht

Fast Fashion bewegt die Bevölkerung: 34 670 Menschen haben die Petition von Public Eye für langlebige Kleider statt Wegwerfmode unterschrieben. Wir haben sie am 1. Oktober in Bern der Bundeskanzlei übergeben; am 22. Oktober hat Bundesrat Albert Rösti in seiner Antwort die Prüfung einer vorgezogenen Entsorgungsbüher angekündigt, sollten freiwillige Lösungen nicht genügen. Im September hatten auf dem Bundesplatz 13 zivilgesellschaftliche Organisationen dringend politische Massnahmen gegen Fast Fashion gefordert.

Der Kassensturz von SRF hat uns zuvor vor Augen geführt, wie Berge dieses Konsummülls in Ghana vor sich hin rotten und die Umwelt und das Meer verschmutzen. Doch Probleme zeigen sich nicht nur in fernen Ländern: Das schiere Ausmass und die durch die Wegwerfmode abnehmende Qualität der Altkleider bringt das Sammelsystem an den Anschlag. Allein in der Schweiz ist jedes Jahr die gigantische Menge von 100 000 Tonnen zu entsorgen. Die Preise sind kollabiert, in Deutschland gehen erste Akteure Konkurs. Um den drohenden Kollaps der Sammelsysteme abzuwenden, muss etwas geschehen.

Die Stadt Zürich hat auf die Krise reagiert. Ab 2027 übernimmt sie die Textilsammlung wieder selbst. Mit der freiwilligen Branchenlösung Fabric Loop anerkennt zumindest ein Teil der Industrie den Handlungsbedarf. ■

Der aktuelle Podcast:

Spezialfolgen zur neuen Konzerninitiative

Warum braucht es eine neue Initiative? Wie funktioniert sie genau? Und was bringt sie für betroffene Menschen in Produktionsländern?

Diese und andere Fragen beantwortet die neue Podcastserie von Public Eye. In der ersten Spezialfolge will Moderator Nico Meier wissen, wie es zu einer neuen Initiative gekommen ist. Was motivierte die Menschen, selbst bei eiskalten Temperaturen Unterschriften zu sammeln? Welche Realität erleben die Betroffenen im globalen Süden, die direkt mit den Folgen von Konzernmacht konfrontiert sind?

In der zweiten Spezialfolge geht es um die Umsetzung. Welche Massnahmen sind vorgesehen? Wie schätzt ein Politologe die Erneuerungen ein? Welche Argumente bringen die Gegner*innen? Und was sagen Unternehmer*innen dazu?

Die Spezialfolge 3 befasst sich mit den Chancen der Initiative und wirft einen Blick auf aktuelle Entwicklungen in unseren Nachbarländern. ■



Hören Sie die drei Spezialfolgen zur Initiative:
publiceye.ch/kvi-podcast



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext



VERSCHENKEN SIE EINE MITGLIEDSCHAFT!

Schenken und gleichzeitig etwas Gutes tun? Kein Problem! **Beschenken Sie Ihre Liebsten mit einer Mitgliedschaft bei Public Eye.** Eine reguläre Mitgliedschaft erhalten Sie für 75 Franken, eine Jugendmitgliedschaft für Personen bis 27 Jahre bereits für 30 Franken.

Die von Ihnen Beschenkten erhalten sechsmal pro Jahr die neuste Ausgabe unseres Magazins mit exklusiven Recherchen und informativen Reportagen. Mit diesem originellen

und nachhaltigen Geschenk stärken Sie Public Eye und helfen uns, hier in der Schweiz dafür einzutreten, dass die offizielle Schweiz und die Schweizer Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Bestellung mit Antwortkarte in diesem Heft oder online unter publiceye.ch/geschenkmemberschaft

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

[in publiceye_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.youtube.com/channel/UCPublicEye) [f @publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [t @publiceye.ch](https://www.twitter.com/publiceye.ch)